

**B e s c h l u s s**  
**des Beirates Neustadt vom 17.02.2022**

**Stellungnahme zur Zukunft des Klinikum Links der Weser**

Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz auf,

1. die essentielle Bedeutung des Klinikums Links der Weser (LDW) für die medizinische Versorgung insbesondere im Bremer Süden und im Bremer Umland sowie der hervorragenden medizinischen Leistungen anzuerkennen,
2. das LDW in seinem jetzigen Bestand zu erhalten (Bestandszusicherung) und mittels einer Machbarkeitsstudie zu prüfen, ob über eine zusätzliche Variante in Form einer Baukörperertüchtigung - nach dem Herforder Modell - eine Sanierung als auch Ausbau im Bestand realisierbar ist. In diesem Zusammenhang begrüßt der Beirat Neustadt die Bereitschaft der Senatorin, die Sanierung des Bettenhauses erneut zu prüfen und bittet um Vorlage eines Sanierungsplans,
3. gemeinsam mit dem Senator für Finanzen ein Zukunftskonzept für das LDW unter Einbindung des Personals und der Personalvertretung im Rahmen des Runden Tisches zur Zukunft des LDW zu entwickeln, das neben der Bestandszusicherung die Bereitstellung von Haushaltsmitteln (alternativ anderweitige Finanzierung prüfen) und Durchführung von Investitionsmaßnahmen wie den zwingend erforderlichen Neubau des Bettenhauses, Personalakquise, Attraktivierung der Arbeitsbedingungen, familien- und lebensphasengerechte Personalpolitik (Stichwort „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“) beinhaltet,
4. den Beirat Neustadt an dem Runden Tisch zur Zukunft des LDW zu beteiligen,
5. ein Moratorium für die geplanten Verlagerungen Neonatologie, Frauenklinik, Geburtshilfe einzuräumen,
6. die Prüfung eines ambulanten Geburtshauses am LDW vorzunehmen und die Ergebnisse beim Runden Tisch zur Zukunft des LDW zu erörtern,
7. die Unfallchirurgie sowie die die Fachabteilung Palliativmedizin am LDW zu erhalten,
8. keine Fachabteilungen wie die Allgemeine Chirurgie oder die Allgemeine Innere Medizin angesichts der hohen Bedarfe und zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Bremer Süden zu verlagern oder zu verkleinern,
9. kein medizinisches Fachpersonal in die senatorische Behörde bzw. ins Gesundheitsamt zu verlagern,
10. das LDW nicht zu privatisieren oder zu veräußern. Das LDW muss eine kommunale Klinik bleiben. Der Beirat Neustadt lehnt eine Lösung für das Klinikum LdW über ein PPP-Modell oder die Privatisierung des Klinikum LdW entschieden ab,
11. die finanzielle Beteiligung der niedersächsischen Seite einzufordern und zu verhandeln,
12. sich für die Abschaffung der Fallpauschalen sowie der Beitragsbemessungsgrenze einzusetzen und eine gemeinwohlorientierte Krankenhausfinanzierung zu fördern.

Begründung:

Das Klinikum Links der Weser (LDW) ist zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Bremer Süden und im Bremischen Umland unverzichtbar. Im Bremer Süden leben über 127.000 Menschen, das sind über 22 Prozent der bremischen Bevölkerung, in der Neustadt davon über 45.000. Außerdem zählen große Bereiche des niedersächsischen Umlands insbesondere die Landkreise Diepholz, Verden zum Versorgungsgebiet des LDW. Damit umfasst der Einzugsbereich des LDW über 180.000 Menschen. Da in der Vergangenheit gerade im südlichen Bremer Umland weitere Klinikstandorte geschlossen wurden, kann es durch die Schließung/ Verlegung von Stationen des LDW zu einer Mangelversorgung kommen.

Das LDW behandelt pro Jahr etwa 25.000 Patient:innen stationär und teilstationär und ist damit ein notwendiger, fest integrierter Bestandteil der örtlichen Gesundheitsversorgung. Das Rotes Kreuz Krankenhaus (RKK) allein kann diese Funktion des LDW nicht übernehmen. Als wohnortnahe Krankenhaus bietet das LDW einen niedrigschwelligen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und ist somit auch unter sozialen Gesichtspunkten unbedingt erhaltenswert. Insbesondere eine wohnortnahe, schnell zu erreichende Notaufnahme ist für junge wie ältere Bewohner:innen von erheblicher gesundheitlicher Bedeutung. Die örtliche Geburtshilfe ist gerade für die vielen jungen Familien in der Neustadt wichtig, eine wohnortnahe Palliativstation fördert die Integration in das Leben im Stadtteil.

Angesichts der hohen Geburtenzahlen und Bedarfe muss die Versorgung auch im Bremer Süden sichergestellt werden. Die Delme-Klinik Delmenhorst und auch das KBM sowie das Krankenhaus St. Joseph-Stift liegen für den Bremer Süden zu weit entfernt. Im Übrigen ist zu konstatieren, dass das KBM und das Krankenhaus St. Joseph-Stift relativ nah beieinanderliegen und fast identische bzw. stark überlappende Einzugsgebiete haben. Unter dem Aspekt der gleichwertigen, gesamtstädtischen Versorgung gesehen ist die Konzentration von medizinischen Fachabteilungen wie die Geburtshilfe an zwei benachbarten Standorten in Zentrumsnähe zu Lasten der linken Weserseite nicht sachgerecht und vor allem nicht bedarfsgerecht.

Bevor weitere Verlagerungen vom LDW an das KBM umgesetzt werden, wie bspw. die Geburtshilfe, Neonatologie oder die Gynäkologie, ist ein Moratorium sowie eine umfassende und transparente Prüfung und Analyse unbedingt erforderlich.

Es ist zu befürchten, dass, sollte es zu einer Schließung der Bereiche kommen, notwendige örtliche Einrichtungen zur Aufrechthaltung einer ausreichenden Versorgung in der Neustadt fehlen. In diesem Zusammenhang fordert der Beirat Neustadt eine gemeinwohlorientierte Gesundheitspolitik, die die Gesundheit ihrer Bürger:innen vor den reinen Profit stellt und lehnt daher kostenfixierende Fallpauschalen und die das Solidarprinzip verletzende Beitragsbemessungsgrenze entschieden ab.

*(beschlossen mit 10 Ja-, 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen)*

*gez. Czichon*

Annemarie Czichon  
(Ortsamtsleiterin)